

**Bezugspreis**  
Für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei  
postamtlicher Zustellung 2,75 M., durch  
die Post 3,25 M., einschließl. Zustellungs-  
gebühr. Bestellungen werden von allen  
Reichspostämtern angenommen.  
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis  
unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.  
Für unentgeltlich eingehende Manuskripte  
wird kein Gewähr übernommen.  
Nachdruck nur mit Genehmigung:  
„Saale-Ztg.“ gestattet.  
Verleger der Redaktion Nr. 1140:  
Gedächtnisstr. 176; Redaktionsadresse  
(Markt 24) Nr. 2266.

**Morgen-Ausgabe.**

# Saale-Zeitung.

**Städtischer Jahrgang.**

**Anzeigen**

werden die Spaltenpreise oder deren  
Raum mit 30 Pf., solche aus Halle mit  
20 Pf., berechnet und in der Geschäfts-  
stelle, von anderen Annoncenstellen  
und allen Annoncen-Expeditoren an-  
genommen. Reklamen die Zeile 75 Pf.  
Erhöht besonders gutwillig;  
Sonntag und Montag einmal,  
sonst normal täglich.  
Redaktion und Haupt-Geschäfts-  
stelle: Halle, Str. Brauhausstraße 17;  
Redaktionsstelle: Markt 24.

**Nr. 300.**

**Halle a. d. Saale, Sonnabend, den 30. Juni**

**1906.**

## Politische Wochenschau.

Die Kolonialaffären nehmen einen größeren Umfang an. Den Anstoß zu der neuen Behandlung der Kolonial-  
internas gab die Veröffentlichung eines Auszugs aus dem  
Rosenfelds Bericht an den Reichstagler in Sachen Zuck-  
tomer. Die Regierung leitete eine Untersuchung gegen die  
subalternen Kolonialbeamten Götz und Schneider ein, die  
in der Geheimen Legation beschäftigt sind und suspendiert  
sie vorläufig vom Amte. Ferner wurde bekannt, daß nun-  
mehr Gouverneur von Ostafrika das Desinfektionsverfahren  
gegen sich beantragt habe und daß die gegen ihn eröffnete  
Untersuchung sich nicht allein auf seine angebliche Ver-  
wahrung der Eschiden Gesellschaften, sondern auf die Paß-  
angelegenheit und alle übrigen Punkte der Ostafrikanischen  
Verwaltung erstrecken solle. Gleichzeitig mit diesen Bekannt-  
machungen von nichtoffizieller Seite erfolgten neue Angriffe  
gegen die Geheimräte der Kolonialverwaltung, die Herren  
Nose, Eich und v. Köning. Die schärfsten dieser Angriffe  
veröffentlichte das „Deutsche Volksblatt“ in Stuttgart, das  
Organ der württembergischen Zentrumspartei. Der Kolonial-  
verwaltung wurde zunächst eine weitere Affäre Tüppelstich  
vorgeworfen und zwar die Errichtung einer Monopol-  
wirtschaft auf dem Gebiete der Seewirtschaft durch die  
Begründung der Transatlantischen Seeresicherungsgesellschaft,  
ferner habe eine ungesetzliche Schatzkammerung  
im Falle des Hofrats Tsch und im Falle des Obersten a. D.  
Fied stattgefunden. In allen diesen Fällen wurde Nepo-  
tismus, sog. Vetternwirtschaft geahndet. Die „Nordde. Allg.  
Ztg.“ veröffentlichte daraufhin eine Darlegung, aus der sich  
war die Richtigkeit der von dem Stuttgarter Organe er-  
wähnten Tatsachen ergab, worin sie aber die Unlauterkeit  
der Motive weit zurückwies. Damit nicht genug, wurden  
noch einige weitere Vorwürfe bekannt, und zwar wegen an-  
geleglicher unrichtiger Verfügung über die für die südwest-  
afrikanischen Soldaten gelammelten Liebesgaben, wegen an-  
geleglicher Verwendung des vom Reichstag bewilligten Geldes  
zu Zwecken, für die es nicht vorgesehen ist, wegen angeleglicher  
Unterschiede bei der Besichtigung der deutschen Kolonien  
und wegen des Mangels der Kontrolle der finanziellen Aus-  
gaben in Südwestafrika. Diese Vorwürfe sind bereits in  
der Budgetkommission des Reichstages zur Sprache gebracht  
worden. Das Neue an ihnen ist, daß sie jetzt der großen  
Öffentlichkeit zugänglich und der allgemeinen Kritik unter-  
breitet werden, da offenbar seitler nicht gesehen ist, die  
Mißstände zu beseitigen. Es ist zweifellos, daß die Re-  
gierung Volk und Reichstag in eine stets wachsende Anti-  
pathie gegen das Kolonialwesen versetzen wird, wenn es ihr  
nicht gelingt, eine Kolonialpolitik zu treiben, welche der  
öffentlichen Kritik stand halten kann. Also wenig hat sich  
seitler der Reichstag mit dem Kolonialwesen beschäftigt und  
eine unsfähige Beamtenwillkür schalten und walten lassen,  
durch die solche traurigen Resultate erzielt worden sind wie  
die jetzigen. Im Interesse der deutschen Steuerzahler und  
des deutschen Ansehens ist es notwendig, daß der Reichstag  
nun entschieden einmal nach dem Rechten sieht und die  
vaterländische Aufgabe auf sich nimmt, die Dinge nicht so  
laufen zu lassen, wie sie jetzt gehen sind.

Einen scharfen Klang in der Defensivkritik verursachte eine  
Rede des Generals von Trotha, die der ehemalige süd-  
westafrikanische Truppenführer hielt, um die gramme  
Kriegsführung, zu der er sich bekannte, zu rechtfertigen. Er  
erklärte, in der Kolonie werde die Befahrung der Lage und  
der Beginn eines wirtschaftlichen Aufschwungs erst möglich  
nach der Ausrottung der schwarzen Rasse. Solche Ansichten  
kann sich selbstverständlich ein Kulturvolk niemals zu eigen  
machen. Sie fordern den schärfsten Protest heraus, und es  
ist kein Zweifel, daß die Rede des Generals noch bei den  
späteren Verhandlungen über das Kolonialwesen im Reichs-  
tage, die in Zukunft mehr in der Mittelpunkt der all-  
gemeinen Erörterung stehen, ihre Wirkung ausüben wird.  
Das deutsche Volk wird niemals zugeben, daß eine Politik  
selbst für Kulturvolk zu verkümmern. Es wird nicht aufhören,  
eine Revision der kolonialen Politik zu verlangen und eine  
Behandlung des schwarzen Elements, die sich mit den An-  
schauungen des Christentums und der Humanität in Einklang  
beifindet.

Eine bevorstehende Kritik wurde für das Reichs-  
marinamt angekündigt. Die „Schlesische Ztg.“, die stets  
gute Fühlung mit den maßgebenden Kreisen besitzt, ver-  
zeichnete die Meldung, daß im Herbst eine neue Flotten-  
vorlage zu erwarten sei und daß dann Staatssekretär Tirpitz,  
der „Horn der Marine“, zurücktreten werde. Das etwas  
hinter den Kulissen vorgeht, ist ziemlich genau. Der Schwarm-  
geißler des Flottenvereins sind die letzten Marinereformen  
bestimmlich lange nicht weit genug gegangen. Wenn nun  
nach den neuen Steuerbemessungen gleich wieder eine große  
Flottenvermehrung in Szene gesetzt werden soll, wird von  
der sog. „Reichsfinanzreform“ nicht mehr viel zur Sanierung  
des Finanzwesens übrig bleiben und in wenigen Jahren  
ein neues häßliches Reichsdefizit sich bemerkbar machen. Eine  
Politik mit Maß und Ziel und ohne Lieberführung wäre  
eben am Platze als jene der nervösen Gait, von der das  
Marinewesen durchdrungen ist. Es kommt auch einmal ein  
Zeitpunkt, in welchem die beste Rüstung verlagert, nämlich  
dann, wenn ihre Last finanziell nicht zu ertragen ist. Ueber  
zu geringe Steuererlässe aber kann man sich in Deutschland  
wahrlich nicht beklagen. Das lehrt auch die über Nacht  
durch Reichspost-Ülax verfasste Erhöhung der Postgebühr  
im Orls- und Nordverkehr, die dem deutschen Verkehrs-  
leben neue schwere Gemütskur auflegt, und wahrlich kein-

angenehme Neuerung bedeutet. Hätte man im Jahre 1900  
diese Erhöhung im Verkehrsleben vorausgesehen, so würden  
die Privatposten wohl noch heute bestehen. Leider war es  
der Reichstag selbst, der dem Reichsstaatsleiter Kräfte die  
Beilegung der bestehenden Fragen im Ortsverkehr nahe-  
gelegt hat. Es erscheint zwar unbedenklich, ist aber  
wirklich so.

In den Wahlaustritten bei den Reichstagswahlen in  
Hannover und Altens-Jerlöhn mag die Regierung  
ermessen, wie ihre Politik im Volk gewirkt hat. Zum ersten  
Male zeigt die Sozialdemokratie wieder eine beträchtliche Zu-  
nahme, zumal bei der Wahl in Hannover, wo sie gleich im  
ersten Wahlgange ihren Kandidaten durchsetzte. Der  
Wahlkampf in Altens-Jerlöhn kostete dem Freisinn das  
bis hierher dort innegehabte Mandat. In die Stichwahl ge-  
langten der Sozialdemokrat und der Zentrumskandidat.  
Wieder waren es die Christlich-Sozialen, die das Mandat  
dem Zentrum überantworteten, dessen Sieg in der Stichwahl  
nabehin gewiß ist. Eine Debatte über ein zu begründendes  
Reichsloberhaus als dritten Faktor der Gesetzgebung  
zwischen Bundesrat und Reichstag eröffneten die „Oren-  
boten“. Der Liberalismus hat keinen Anlaß, auf dieses  
Projekt irgendwie einzugehen, das von der Presse im großen  
und ganzen ablehnend behandelt wurde.

Auf dem kirchenpolitischen Gebiete bemerkenswert war die  
Wiederwahl des Epientals in Bremer in Rheinisch und die  
Wahlregelung des liberalen Pfarrers Koroll in Darmstadt.  
In beiden Fällen ist das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Eine neue Auseinandersetzung ist zwischen Bebel und den  
lokalorganisierten Gewerkschaften wegen der Frage des  
politischen Massenstreiks in der Schweiz. Die „Einig-  
keit“ veröffentlichte indirekter Weise das Protokoll derjenigen  
Sitzung, in welcher die Frage leitens der politischen Führer  
der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften erörtert worden  
war. In der fraglichen Sitzung hat Bebel und der sozial-  
demokratische Parteivorstand offenbar eine Stellung ein-  
genommen, die sich nicht völlig mit der Stellungnahme des  
Parteitages deckt. Vorzüglich interessieren diese sozial-  
demokratischen Interna zu wenig, um sich näher mit ihnen  
zu beschäftigen.

Der Besuch der deutschen Redaktionen in England  
zur Herbeiführung einer freundschaftlichen Annäherung  
in der Presse beider Länder ist gestern zu Ende gegangen.  
Die Redaktionsleiter des Ereignisses unterlag keinem Zweifel.  
Der deutsche Vorkämpfer in London, Graf Wolff-Meternich,  
betonte, daß das Ziel, das der Besuch erzielt habe,  
vielleicht die stärkste Gewähr für den europäischen Frieden  
werde, ohne dabei im geringsten den Freundschaften Eintrag  
zu tun, welche beide Völker mit anderen geschlossen haben  
oder noch zu schließen wünschen. Es ist ganz natürlich von  
Wert für England und Deutschland, wenn beide Länder den  
verhängnisvollen Freizug beenden, der die Stimmung hier-  
orts beim Reichstage des Kanals vergiftet magte. Daß dieses  
Resultat manchem englischen Jingos und deutschen Chauvi-  
nisten unangenehm ist, ist ebenfalls zweifellos. Niemand  
wird es aber einfallen, nach ihnen zu fragen.

Auf dem ausländischen Gebiete spielten sich eine Reihe  
bemerkenswerter Vorgänge ab. Kaiser Franz Josephs  
Besuch auf der Landesausstellung in Weichenberg in Böhmen  
galt ebenso wie sein Aufenthalt in Mährisch-Odrau der  
Verhöhnung der verschiedenen Nationalitäten. Graf Sol-  
lowitz hatte in der ungarischen Delegation heftige  
persönliche Angriffe zu bestehen. Ein Verteidiger erwiderte  
ihm in dem gemeinsamen Finanzminister Freiherrn von  
Burian. Die Delegation bewilligte schließlich das Budget  
des ungarischen Amtes. Die türkische Zollherhöhung  
wurde durch eine Trade des Sultan verhängt. In Ägypten  
hat die Einrichtung von vier und die Ausweisung von  
fünf Fellachen statt, welche an dem Liberalen auf die  
englischen Offiziere beteiligt gewesen waren. Sir Campbell-  
Bannerman hatte auf eine vorgelegene Anfrage im  
englischen Unterhause die Antwort gegeben, daß das Haus  
in dieser Angelegenheit durchaus auf die Menschlichkeit des  
Ministers des Auswärtigen vertrauen könne, eine Wendung,  
welche die Meinung erweckte, daß die furchtbare Strafe  
nicht vollzogen werden würde. Es unterliegt keinem  
Zweifel, daß die überraschend schnelle Vollstreckung  
des Urteilspruchs in England dieses Volk machen  
wird. Sir Grey hat ebenfalls, wie gewohnt, sich  
einschüchtern mit der Begründung, daß es keinen Appell  
gegen den Beschluß des schiedsrichterlichen Schieds-  
hofes gebe. Erwähnenswert sind die Londoner Kreise,  
die bereits gegen das Urteil demotivierten, mit diesem Bescheide  
beruhigen. Seitens der Rforte werden starke Klüftungen  
in Mesopotamien gemeldet. Auch die arabische Frage,  
der Bau der Mekkabahn, die Reichsregierung des Rbediven  
nach Mekka sind Gegenstände, die mehr und mehr in dem  
Vorbergrund des politischen Lebens rücken. Gegen das  
griechische Bandenwesen in Mazedonien soll ein Protekt  
der Grobmächte in Athen in Szene gesetzt worden sein.  
Der spanische Minister des Auswärtigen, Herzog von  
Almodovar, ist gestorben; sein Nachfolger übernahm vorläufig  
der Ministerpräsident Moret. Der euböische Insel-  
konflikt wurde zunächst durch ein Protivorium vermindert,  
das bis zum Ende des Jahres hinhin soll. Zwischen  
Frankreich und Spanien ist ein ähnlicher modus vivendi  
vereinbart. Das italienische Königspar wohnt der  
Einweihung eines Gemeindefriedhofes in Ancona bei.  
Bei dieser Gelegenheit kam man einem anarcho-sozialen  
Skandalop auf die Spur. In Frankreich wurde der  
Dreyfusprozess vor dem Kassationshof verhandelt, wobei  
der Generalstaatsanwalt die Unschuld Dreyfus' anerkannte,  
Oberbay für den Schuldigen erklärte und den Antrag

stellte, die Sache nicht vor ein neues Kriegsgericht zu  
bringen, sondern durch Entziehung des Kassationshofs zu  
beenden. Ein Vertrag über die Aufrechterhaltung des  
status quo soll zwischen Frankreich, England und Italien  
bezüglich Westsibirien abgeschlossen sein; über die abessi-  
nische Eisenbahn werden die Verhandlungen offenbar noch  
fortgesetzt. In Wrothelm erfolgte die Krönung König  
Haakon von Norwegen. China ernannte Yuan-  
shikai zum Gouverneur der Mandchurei. Die russisch-  
chinesischen Beziehungen wurden als äußerst gespannt ge-  
schätzt. General Wremontsky verlor die Verantwortung  
der Wiederanrufung der manchurischen Frage. Dagegen  
wurde amtlich aus Petersburg gemeldet, daß der letzte  
russische Truppentransport aus der Mandchurei in der  
Heimat angelangt sei.

Im Innern Rußlands erfolgten fortgesetzte militärische  
Neuerungen; sogar das Westbaltischen-Geib-Garde-Regiment  
des Jaren beteiligte sich an den Aufständen. Es wurde  
daher vom Jaren gemahnt und des Gardecharakters für  
verloren erklärt. Ueber 200 Soldaten sollen vor ein Kriegs-  
gericht gestellt werden. Mit der Lage in Rußland be-  
schäftigte sich eine Berliner Volksversammlung, die eine  
Sympathieausdrückung an den Präsidenten der Duma  
richtete. In den letzten Tagen wurde über die Frage ge-  
stritten, ob das Ministerium Goremykin durch ein Ministerium  
Woronzow ersetzt oder die Duma aufgelöst werden soll.  
Fürst Uruslow erklärte, eine Verhöhnung der Bevölkerung  
werde erst eintreten nach Trejpas Entlassung. Was der  
Jaz tun wird, das ist die große Frage. Von seiner Ent-  
scheidung hängt es ab, ob Rußland der innere Friede wieder  
gesehen oder ob die Entwicklung auf die Bahn der  
Revolution gedrängt wird.  
F. W.

## Deutsches Reich.

**Sos. und Nationalenachrichten.**

Der Großherzog und die Großherzogin von Meklen-  
burg-Schwerin trafen von Sibirien in Zuda ein, um das  
Grab des kaiserl. Konstantin im Dome zu besuchen.

Die Ernennung des Regierungspräsidenten v. Demitz in  
Breslau a. D. zum Oberpräsidenten der Provinz Schlesien  
Sollstein und die Ernennung des Geh. Oberregierungsrats v. O.  
Barents zum Regierungspräsidenten in Frankfurt a. O.  
sowie die Verlegung des Oberpräsidenten der Provinz Schlesien  
Sollstein, v. Bismarck in Schlesien, als Oberpräsident  
der Provinz Sachsen nach Magdeburg wird im letzten  
„Reichsanzeiger“ amtlich bekannt gegeben.

Der frühere Oberbefehlshaber der „Kreuz-Bl.“ Prof.  
Dr. Kropatsch, ist Donnerstag nacht nach längerem Leiden  
gestorben.

Der „Reichsanzeiger“ meldet: Der Stellvertreter der  
Direktion beim Reichstage Rechnungsrat Jungheim ist zum  
Direktor beim Reichstage ernannt worden.

## Oberpräsident v. Böttcher.

Der „Staatsanzeiger“ meldet: Dem Oberpräsidenten der  
Provinz Sachsen, v. Böttcher, sind die Brillanten zum  
Schwarzen Adlerorden verliehen worden.

## Die Angriffe gegen die Kolonialverwaltung.

Der „Frk. Ztg.“ zufolge ist es nicht ausgeschlossen, daß die  
Angriffe des „deutschen Volksblatts“ gegen die Kolonialver-  
waltung noch zum Zwecke ihrer vollständigen Aufklärung Gelegen-  
heit eines Besuchs des Reichstages bieten werden, das sich wohl  
gegen das Blatt richten würde, welches die Verhöhnung er-  
zelen hat. Es könnte in der Kritik und in den Angriffen auf  
die Kolonialverwaltung auch ein schädliches Uebermaß geben.  
Wer zu viel Fülle und sehr ungeschickliche Maße und auch  
nicht schickliche Vorwürfe erhebt, der könne leicht die  
einseitige Dialektik in sich zu einer ungeschicklichen, die sich durch-  
aus nicht nur gegen Unterbeamte richten wird, und  
bleibt von der Regierung, wie man annehmen muß, ernstlich be-  
rechtigte Reinigung des Amtes erschweren und stören.

## Parlamentarisches.

Dem „Reichsanzeiger“ zufolge hat der Bundesrat in  
seiner Donnerstagssitzung nach dem Vorschubbericht, betreffend  
Wahlprüfung und Neuweisung der Ausschussbestimmungen zum  
Reichsstatenrat, betreffend Veränderung der Ziffer 2 der Be-  
stimmungen vom 27. Mai 1902 über die Beschäftigung von  
Arbeitern und hauptberuflichen Arbeitern in den Kgl. und  
Kommunen und betreffend Verteilung einer weinbaufreien  
Geldzone der Weg ausgemittelt.

## Wahlbewegung.

Die Reichstags-Wahlwahl im Wahlkreis Altens-  
Jerlöhn ist auf den 10. Juli anberaumt worden.

## Religion und Konstitution.

Die Disziplin der Freikirchen evangelischer Frei-  
heit in Rheinland und Westfalen haben in einer gestern in  
Elsfeld abgehaltenen gemeinschaftlichen Tagung nach einem  
Vortrage des Privatdozenten Dr. Nieberding-Gelberg über  
Konstitutionsänderung einmütig folgenden Beschlusstrat an-  
genommen: Wir verlangen im Interesse der Wahrhaftigkeit der  
Konstitutionsänderung die jetzt infolge des Beschlusses  
svonangs bestehenden Vorlage.

## Rechtswesen.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Bekanntmachung  
des Reichsanzeigers, nach der zur Vereinfachung des Uebergangs  
für alle im Monat Juli eingeleiteten Prozessen, Druck-  
sachen, Geschäftsprotokolle und Warenproben, sowie  
für zusammengehörige Drucke, Geschäftsprotokolle und Waren-  
proben im Orts- und Nachbarverkehr, die von den Ab-  
sendern irrtümlich nach den alten Tarifsen frankiert worden





